



## **I. Die Oktoberrevolution - entscheidende Wende der Menschheitsgeschichte**

Clara Zetkin, die von Anfang an und ohne Vorbehalte die Oktoberrevolution würdigte und unterstützte, hob hervor, dass die Oktoberrevolution von der entscheidenden Weltenwende der Menschheitsgeschichte kündete und ein revolutionäres Geschehen von tief-furchender Tragweite war. In einer ihrer letzten Reden am 08. März 1933 betonte sie: „Keine Macht der Welt kann die unsterbliche Bedeutung des Sowjetstaates aus der Geschichte tilgen.“

Dies sollte auch heute nach der Niederlage sozialistischer Staaten in Europa in der Haltung der deutschen Linken Gültigkeit behalten.

Auch viele bedeutende Historiker sahen in der Oktoberrevolution ein sehr viel stärkeres und globaleres Echo als ihrer Vorgängerin (der Großen Französischen Revolution 1789). Die faktischen Auswirkungen der Oktoberrevolution waren für sie größer und anhaltender als die von 1789.

Die Oktoberrevolution in Russland war weder ein Zufall noch ein Glücksfall. Sie ist ebenso nicht als unzeitgemäß einzuordnen. Im Vorwort zur deutschen Ausgabe des „Kommunistischen Manifestes“ verwies Friedrich Engels darauf, dass in der Revolution 1848/1849 der Zar Russlands als Chef der europäischen Reaktion und einziger Retter vor dem erst erwachsenden Proletariat war. Dann wurde der Zar Kriegsgefangener der Revolution und Russland bildete die Vorhut der revolutionären Aktion von Europa. Angesichts dessen, dass die größere Hälfte des Bodens nach der Abschaffung der Leibeigenschaft sich im Gemeinbesitz der Bauern befand, stellte Engels die Frage: „Kann die russische Obschtschina, eine wenn auch stark untergrabene Form des uralten Gemeinbesitzes an Boden, unmittelbar in die höhere des kommunistischen Gemeinbesitzes übergehen? Oder muss sie umgekehrt vorher denselben Auflösungsprozess durchlaufen, der die geschichtliche Entwicklung des Westens ausmacht? Die einzige Antwort hierauf, die heutzutage möglich, ist die: wird die russische Revolution das Signal einer proletarischen Revolution im Westen, so dass beide einander ergänzen, so kann das jetzige russische Gemeineigentum an Boden zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung dienen.“

Die Hoffnungen, die Lenin auf die Verbindung der russischen Revolution mit einer proletarischen Revolution im Westen hegte, waren also nicht von ungefähr.

Nikolai II. hat die Revolution in Russland unausweichlich gemacht. Mitte 1917 befanden sich 90 - 95 % des russischen Kapitals unter ausländischer Kontrolle. Die Staatsschulden betragen 50 Mrd. Rubel. Die Souveränität des Landes war in Gefahr. Es war faktisch schon im Voraus zwischen Frankreich, England, USA und Japan aufgeteilt (Hans Werner Deim in Geschichtskorrespondenz, April 2007.)

Das Land bedurfte der Revolution, die daher keinesfalls Sache eines Menschen, der Verschwörung einer Partei, sondern eine wahre Volksrevolution war. Nikolai II. und sein Bruder verzichteten auf den Zarenthron, die Monarchie war am Ende. Die provisorische Regierung kam ohne Wahlen, ja ohne Ernennung zur Macht, wogegen die Bolschewiki durch den III. Allrussischen Kongress der Sowjets der Arbeiter- Bauern und Soldatendeputierten an die Regierung kamen. Die Regierungsparteien, die Menschiwiki und Sozialrevolutionäre, andere Regierungsparteien waren unfähig, die Agrarfrage und das Friedensproblem zu lösen.

Clara Zetkin bezeichnete die Friedensfrage als Kraftprobe der Macht und Reife der revolutionären Bewegung, als eine Frage von Sein oder Nichtsein der Revolution. Vehement trat sie gegen westlichen Maßstäben folgende Auffassungen vom zwangsläufigen Scheitern der Revolution aufgrund der sozialökonomischen und kulturellen Rückständigkeit Russlands auf. Diese Auffassungen berücksichtigten nicht die konkreten historischen und nationalen Bedingungen sowie den subjektiven Faktor. Die Bolschewiki, die Anfang 1917 24.000 Mitglieder erfassten, wuchsen bis April 1917 um das Achtfache auf über 160.000 Mitglieder an.

Harte Diskussionen gab es bis zu dem engsten Kreis von Mitstreitern Lenins über dessen April-Thesen, in denen er die Positionen zum Krieg, zur provisorischen Regierung und zur zweiten Etappe der Revolution, der sozialistischen Revolution, darlegte. Ein Beispiel für einen sorgsamem Umgang mit Losungen war der Einsatz der Losung „Alle Macht den Sowjets“ in Abhängigkeit vom realen Kräfteverhältnis.

Die Oktoberrevolution war somit ein Beispiel von klarer Strategie, beweglicher Taktik und erfolgreicher Verbindung spontaner Aktio-

nen der Massen und des bewussten Handelns. Sie wurde zu einem Vorbild für viele Länder. Damit verbunden waren auch Unterschiede in den einzuschlagenden Wegen, sowohl aufgrund nationaler Besonderheiten, der sich wandelnden internationalen Lage als auch subjektiver Faktoren.

Die Entwicklung nach der Oktoberrevolution war nicht frei von Irrtümern, Fehlentscheidungen, ja auch Deformationen und tragischen Seiten, die den Idealen der Revolution zuwider liefen. Bei der Untersuchung der Ursachen für die Niederlagen auf dem bisherigen Weg zum Sozialismus geht es auch um Korrekturen am Geschichtsbild der Sowjetunion. Weder ein Weg der Apologetik, der Beschönigung, des Verschweigens noch eine pauschale Verurteilung und ahistorische „Aufarbeitung“ können dabei den objektiven Erfordernissen im Ringen um einen Sozialismus im XXI. Jahrhundert gerecht werden.

Mehr noch. Die Negierung der Rolle und Leistungen der Oktoberrevolution und des Sowjetstaates, die Verfälschung der Geschichte der Sowjetunion unter dem Deckmantel des Antistalinismus laufen in ihrer Konsequenz auf eine Diskreditierung der Leistungen von Generationen von Revolutionären, aller progressiven Kräfte in der ganzen Welt hinaus. Mit der Oktoberrevolution entstand nach dem Beispiel der Pariser Kommune das System der Sowjets, wurden die Grundlagen für die Bildung der UdSSR gelegt, stieg die Arbeiterklasse zur Führung der Revolution und zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft auf. Die Revolution bewirkte Veränderungen der Herrschaftsverhältnisse im Sinne einer antikapitalistischen Alternative, Veränderungen in der Volkswirtschaft und den Eigentumsverhältnissen, in den Lebensumständen und damit in der Lebensqualität. Sie war ein wesentlicher Schritt zur Überwindung der Trennung zwischen der Produktionswelt und der politischen Welt.

Und schließlich aber nicht zuletzt war die Oktoberrevolution ein erster Sieg auf dem Weg zur Abschaffung der Kriege, zur Schaffung eines neuen internationalen Systems von Staaten und zu einem neuen Völkerrecht. Es ist also auch heute gerechtfertigt, davon zu sprechen, dass die Oktoberrevolution eine neue Epoche der Weltgeschichte eröffnet hat.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an die Worte L. I. Breschnews anlässlich der Auszeichnung Erich Honeckers mit dem

Leninorden, mit denen er die Wurzeln der Verbindung zwischen der deutschen und russischen Arbeiterbewegung, des Bündnisses zwischen der Sowjetunion und der DDR charakterisierte: „Ohne Marx und Engels gäbe es keine Oktoberrevolution, ohne Oktoberrevolution gäbe es keinen Sieg über den Faschismus und keine DDR.“

Zu denen, für die die Oktoberrevolution, der Sozialismus der Oktoberrevolution kein neutrales Untersuchungsobjekt waren, sondern eine Sache mit der er sich voll identifiziert hat, gehörte der Teilnehmer der ungarischen Räterepublik und führender Repräsentant des marxistisch-leninistischen Denkens Georg Lukacs. Er war wiederholt ein unbequemer kritischer Mitdenker, gewürdigt, mehrfach gerügt und scharf kritisiert, hat mehrmals auch Selbstkritik geübt. Am Ende seines Lebens erklärte er: „... Ich finde, dass die Sowjetunion mit allen, was man an ihr politisch und ideologisch zu kritisieren hat – und ich habe mich nie zurückgehalten in dieser Kritik – zweimal die ganze Welt vor einer politisch- kulturellen Katastrophe zurückgehalten hat – mit dem entscheidenden Beitrag zum Sieg über Hitler und mit der Brechung des Atommonopols der USA.“ (Georg Lukacs in „Einschätzung einer Lebensarbeit. Ein Gespräch mit Georg Lukacs.“ von Adelbert Reif in „Die Zeit“ Hamburg, 10.04.1970, Seite 14 ff)

## **II. Zu einigen Fragen der Entwicklung des Sozialismus der Oktoberrevolution**

Es war ein schwerer opferreicher Anfang. Erinnerung sei nur an die Folgen der Verhandlungen von Brest 1917-1918: Das Land verlor 34% seiner Bevölkerung, 54% seiner Industrie, 89% seiner Kohlelager, die gesamte Öl- und Baumwollindustrie. Ohne Berücksichtigung dieser historischen Bedingungen ist die nachfolgende Entwicklung Sowjetrusslands der Kriegskommunismus, die Neue Ökonomische Politik, die Verstaatlichung, die Industrialisierung, die Kollektivierung nicht zu verstehen.

Nicht zu unterschätzen sind die in kapitalistischer Umkreisung und unter Bürgerkriegsbedingungen geführten harten Auseinandersetzungen um die Schicksalsfrage, um die Möglichkeit der sozialistischen Perspektive in einem Lande, um das Wie der Schaffung sozia-

listischer gesellschaftlicher Verhältnisse in einem rückständigen monarchisch orientierten Land.

Im Politbüro der Partei gab es zu Beginn der 20iger Jahre eine Gruppe mit Trotzki (der sich als Fortsetzer Lenins verstand und als solcher auch von vielen in der Partei gesehen wurde), Sinowjew, Kamenew und eine Gruppe mit Bucharin, Rykow, Tomskij. Beide Flügel vertraten bei allen Unterschieden in der Bauernfrage und in ihren Machtambitionen das radikale Weltrevolutionskonzept.

Stalin als Siebenter in der Führung stand zunächst außerhalb dieser Auseinandersetzung und wurde später nach der Durchsetzung der Linie auf fortgesetzten sozialistischen Aufbau in einem Land von Trotzki als Verräter der Revolution und als nationaler Opportunist bezeichnet. Die Positionen der radikalen Kräfte stellten eine Absage an Lenins Genossenschaftsplan und am System zivilisierter Genossenschaften dar. Die Diskussion um den sozialistischen Aufbau entfachte besonders stark auf der 15. Parteikonferenz 1926, auf der auch eine Erhöhung der Löhne für Arbeiter beschlossen wurde. In zunehmendem Masse entwickelten Trotzki und andere eine aktive Wühlarbeit

Bei all dem oben dargelegten gilt es zu berücksichtigen, dass es keine ganzheitliche Konzeption des sozialistischen Aufbaus gab. Lenin schätzte nüchtern das Fehlen der ökonomischen Basis für die „Einführung“ des Sozialismus ein. In den April-Thesen trat er nicht für die unmittelbare „Einführung“ des Sozialismus, sondern für einen systematischen allmählichen Übergang der Sowjets zur Kontrolle der gesellschaftlichen Produktion und der Verteilung der Produkte ein. Er setzte auch nicht auf die gewaltsame Lösung der Eigentumsfrage. Dies geschah erst unter Druck des Bürgerkrieges, der Sabotage, des Zwangs zum Überleben. (Die Liquidierung des Kulakentums als Klasse setzte vor allem erst in den 30er Jahren während der durchgehenden Kollektivierung ein. Vorher kam es aber schon zu rigorosen Beschlagnahmen und Maßnahmen der Ausnutzung der Bauernschaft für die Erfordernisse einer schnellen Industrialisierung.) Lenin bevorzugte eher die Abschaffung des Privateigentums auf ökonomischen Wege und nicht administrativ (vgl. ursprünglicher Entwurf der April-Thesen 1917, „Die aktuellen Aufgaben der Sowjetmacht“ im April 1918, Rede vor dem Moskauer Parteiaktiv im November 1918)

Für ihn war charakteristisch in all diesen Fragen Lösungen aufgrund zu sammelnder praktischer Erfahrungen und nicht der Verkündung absoluter Wahrheiten und Rezepte zu suchen. Daher seine Gedanken zum Staatskapitalismus, zum Genossenschaftswesen, zur Rechnungsführung und Kontrolle, seine Aufforderung zunächst das Verwalten und Handeln zu lernen, wobei er die Notwendigkeit, Schwierigkeiten der Verwaltung zu überwinden als spezifische Aufgabe stellte.

In der Periode des Kriegskommunismus war der Staat gezwungen, viele Aufgaben ohne Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit zu übernehmen. Der Bürgerkrieg, die Interventionen, die militante Haltung der russischen Bourgeoisie zur Zusammenarbeit mit der Sowjetmacht führten dazu, dass der größte Teil des Privateigentums im Produktionssektor 1921 gewaltsam enteignet wurde.

Lenin trat entschieden gegen allerlei Behauptungen über fertige Vorstellungen und Rezepte des Sozialismus auf. Er forderte schöpferisches Herangehen an die Errichtung der neuen Gesellschaft unter Beachtung der Spezifik Russlands. In seinen Bänden 31, 34 – 37 finden sich auch für heute recht aktuelle Überlegungen. Dazu einige Beispiele:

- \* „Dem Sozialismus eine Charakteristik zu geben, sind wir nicht in der Lage.“ (Band 36, Seite 66)
- \* „Wie der aufgebaute Sozialismus aussehen wird – dies wissen wir nicht...“, „Es sind noch nicht die Bausteine geschaffen, aus denen sich der Sozialismus gestalten wird“, „Man muss möglichst vorsichtiger und präziser sein“ (Band 36, Seite 65)
- \* „Wir beanspruchten nicht, dass wir den genauen Weg kennen...“ (Band 37, Seite 223, 224)
- \* „Wie viele Übergangsetappen zum Sozialismus es geben wird, wissen wir nicht und können es nicht wissen.“ (Band 36, Seite 48)

Bezeichnend ist auch das Verhältnis Lenins zur werktätigen Bauernschaft: „Jeder bewusste Sozialist sagt, dass man den Sozialismus den Bauern nicht gewaltsam aufzwingen darf und dass man nur auf die Kraft des Beispiels und auf das Erlernen (die Aneignung) der Alltagspraxis durch die Bauernmasse setzen kann“.

Nicht nur dass diese Aussagen und realistischen Einschätzungen leider in der praktischen Verwirklichung der sozialistischen Ideen

nicht die gebührende Aufmerksamkeit fanden, sondern es fehlte in zunehmendem Maße die schöpferische Anwendung und Weiterentwicklung der Lehren von Marx, Engels und Lenin, die notwendige Berücksichtigung der vielfältigen Erfahrungen aller sozialistischen Länder. Die sozialistische Idee hätte im Laufe der Zeit, insbesondere in der praktischen Politik der KPdSU einer Erneuerung bedurft. Das betraf auch das Problem der Freiheit, der Unterordnung individueller unter die gesellschaftlichen Interessen im Sozialismus.

Die Missachtung von Rechten und Freiheiten der Persönlichkeit säte Enttäuschung, führte in den 80iger Jahren zur Zuspitzung ökonomischer und politischer Probleme, zu ökonomischen Missständen, zum Verlust jeglicher Motivation und schließlich zu einem Teufelskreis mit absolutem Vertrauensverlust. So kam es für viele unerwartet dazu, dass der Generalsekretär des ZK der KPdSU Juri Andropow auf einem Plenum im Juni 1983 dazu aufforderte sich über die Gesellschaft in der man wirkte klar zu werden und schlussfolgerte: „Wir haben bisher noch nicht im erforderlichen Maße die Gesellschaft erforscht, in der wir leben und arbeiten, haben noch nicht die ihr eigenen Gesetzmäßigkeiten, insbesondere die ökonomischen, erschlossen. Deshalb sind wir gezwungen, sozusagen empirisch auf recht unrationale Weise von Experimenten und Fehlern vorzugehen.“ Der Weg des Menschen zum sich als Eigentümer an gesellschaftlichem Eigentum fühlender habe sich als langwierig erwiesen. Es bedürfe notwendiger Korrekturen in der Wirtschafts- und Nationalitätenpolitik.

Im Programm der KPRF ist folgende kritische Wertung der Entwicklung der Sowjetunion enthalten (kurz zusammengefasst): Es wurden keine adäquaten Produktivkräfte und entsprechende Wirtschaftsmechanismen geschaffen, es erfolgte keine reale Vergesellschaftung der Produktion, das Leistungsprinzip wurde deformiert, es breitete sich Bürokratismus und Passivität aus. In der Partei wirkten gegensätzliche Tendenzen – proletarische, kleinbürgerliche, trotzkistische, demokratische und bürgerliche, patriotische und kosmopolitische, pseudorevolutionäre und ideenloses Karrieristentum. Mit dem Monopol auf die Macht und die Ideologie wuchsen Selbstzufriedenheit, Überheblichkeit, verbreitete sich die Entartung von Parteifunktionären. Die Krise der Partei bedingte die Krise der Gesellschaft. Die KPRF sieht sich als Partei, die für einen neuen So-



zialismus eintritt, gereinigt von früheren Fehlern und Verirrungen, für die sie die Verantwortung nicht leugnet.

Bei all dem gibt es jedoch keine Veranlassung, den Enthusiasmus und die opferreiche Arbeit vor allem in den ersten Fünfjahrplänen, bei der Industrialisierung und Kollektivierung, in der kulturellen Revolution zu negieren. Und die Durchsetzung der Linie auf den sozialistischen Aufbau in kapitalistischer Umwelt konnte sich auf zwei für die damalige Zeit wichtige begünstigende Faktoren stützen – die gewaltige Ausdehnung des Landes und sein Reichtum an natürlichen Ressourcen. (heute werden diese Faktoren als begünstigend angezweifelt)

Es ist kein ordentlicher Umgang mit anerkannten revolutionären Leistungen, die Entwicklung nach der Oktoberrevolution als rein stalinistisch abzutun bzw. Stalin wegen der Repressalien in den Jahren 1937/1938 zum Konterrevolutionär zu erklären. Immer wieder stößt man in den heißen, oft aus verständlichen Gründen sehr emotional geführten Diskussionen darauf, dass ungenügend berücksichtigt wird, dass die Politik, das Wirken von Politikern nicht unabhängig von historischen Bedingungen, dem Grad der Objektivität ihrer Entscheidungen und ihren subjektiven Eigenschaften richtig beurteilt werden können.. (Plechanow zur Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte)

Nach wie vor umstritten nicht nur in der KP, sondern insgesamt in der russischen Gesellschaft bleibt die Haltung zur Rolle Stalins. Denn es geht um die tragischsten Seiten der Geschichte der kommunistischen Bewegung, deren Folgen bis heute nicht überwunden sind. Bei der Wertung Stalins geht es jedoch nicht nur um seinen Charakter, um historische Bedingungen, sondern auch um einige weltanschauliche Wurzeln seines Handelns. In wesentlichen Fragen der Wirtschaft, der Art und Weise der Machtausübung und der Rolle der Gewalt offenbart sich die besondere Verantwortung Stalins für die Deformationen.

Er ignorierte die Rolle des Wertgesetzes, des Marktes, des Doppelcharakters der Ware, der Beziehung zwischen abstrakter und konkreter Arbeit, zwischen individueller und gesellschaftlicher Arbeit. Damit waren auch Fehler und große Opfer bei der Industrialisierung und Kollektivierung verbunden. All dies wirkte sich in der Gleichmacherei, in der Anonymität des Eigentums, im Voluntaris-

mus, in der Ausbreitung einer Schattenwirtschaft aus. Die Entfremdung der Werktätigen vom Eigentum und von der Produktion und administrative Bürokratisierung führte zunehmend auch zur Deformation des politischen Systems.

Auch der XX. Parteitag erwies sich in vielem als eine unvollkommene Art des Umgangs mit geschichtlichen Vorgängen und Persönlichkeiten. Er beschränkte sich auf die Verurteilung des Personenkults und allgemeine Aufrufe zur Wiederherstellung Leninscher Normen und Prinzipien. Weder der Personenkult als solcher wurde abgeschafft noch wurden die Leninschen Prinzipien wiederhergestellt. Die nachfolgende Entwicklung bestätigte, dass ein Führungswechsel nicht ausreichte, sondern es bedurfte einer prinzipiellen Veränderung im Funktionieren der Gesellschaft, des politischen Mechanismus der Machtausübung, sowie der Wirtschaftspolitik.

Auf einige dieser Fragen ging im Sommer 1956 in seinem Memorandum und in Interviews Palmiro Togliatti, ein führender Repräsentant der kommunistischen Internationale und langjähriger Führer der Italienischen Kommunistischen Partei, ein. Bei aller Kritik stellte er fest: „Stalin machte nicht nur Fehler, sondern leistete viel Gutes für die Sowjetunion.“

Man könnte auch die Frage stellen: wie wurde trotz der ernsten Fehler Stalins 1953 die SU zu einer weitaus stärkeren Macht als zu Zeiten des ersten Fünfjahrplanes? Woher kamen trotz der Prozesse 1937/1938 der Glaube und das grenzenlose Vertrauen zur SU und zu Stalin? Es ist offensichtlich, dass Stalin vor allem in den 30iger Jahren Zustimmung in der Partei und in der Gesellschaft genoss.

Die Haltung zur Sowjetunion als Prüfstein des Internationalismus anzuerkennen – dessen sollte sich niemand schämen. Ja es gab außergewöhnliche und zum Teil unvermeidbare Mittel der Machtausübung in einer konkreten historischen Situation von Krieg, innerer Konflikte, kapitalistischer Umkreisung, die von Stalin ausgedehnt wurden und zur Einschränkung ja zur Verletzung von Gesetzen und Prinzipien des demokratischen Lebens führten. Es gab aber auch bis in die 30iger Jahre Verschwörungen und Gefahren des Bürgerkrieges. Daher gab es auch keinen notwendigen Widerstand gegen Stalins These von der Verschärfung des Klassenkampfes mit dem fortschreitenden sozialistischen Aufbau. Es kann nicht alles auf die alleinige Verantwortung Stalins geschoben werden, denn immer

gab es eine interne Gruppe von 3 - 4 Führungsmitgliedern, die mitentschieden haben. 1925/1926 bot Stalin zweimal seinen Rücktritt an.

Zu den Repressalien 1937/1938, die in den Medien als „großer Terror“ bezeichnet werden. Über 90 % der Lagerinsassen waren Kriminelle, 8 % der Repressierten waren Kommunisten. Die massenhaften Repressionen fielen insbesondere in die Zeit, als Jeshow Volkskommissar für Inneres war. Sie wurden später verurteilt und gingen als eine Zeit der „Jeshowtschina“ in die Geschichte ein. Es war Eiche, der erste Sekretär im ostsibirischen Gebiet und andere örtliche Parteifunktionäre aus den Gebieten und Kreisen, die sich mit der Forderung an Stalin wandten, sogenannte Troikas einzusetzen und große Listen von zu repressierenden Personen vorgelegt haben. So reichte Chrustschow im Juli 1937 eine zusätzliche Liste von 8.500 Moskauern, die zu repressieren waren, ein und das nachdem er vorher bereits 41.305 sogenannte ehemalige Kulaken und Kriminelle einsperren ließ. Es kam zu einer Kampagne der Denunzierung von „Volksfeinden“, zur Spionsmanie.

Bestimmte Korrekturen aufgrund der auch ganze Parteiorganisationen betreffenden Folgen wurden auf einem Plenum im Januar 1938 beschlossen. Im November 1938 wurde ein Beschluss des Rates der Volkskommissare und des ZK der Partei mit der Unterschrift von Stalin und Molotow gefasst, in dem die Willkürmaßnahmen verurteilt und die Troikas abgeschafft wurden. 800.000 Bauern, die wegen der Einbehaltung von Getreide repressiert waren, wurden rehabilitiert und freigelassen (die sogenannte Drei - Getreideähren-Kampagne)

Die Repressalien fanden vor dem Hintergrund der Abkehr von der Orientierung auf eine baldige Weltrevolution und der Hinwendung auf die Berücksichtigung der konkreten Bedingungen und nationaler Interessen des Landes statt. Dies zeigte sich, welche tatsächlichen oder vermeintlichen Absichten und Ziele dabei auch eine Rolle gespielt haben mögen, sowohl innenpolitisch bei der Vorbereitung und Diskussion um die Verfassung von 1936 sowie außenpolitisch unter anderem im Beitritt der Sowjetunion 1934 zum Völkerbund, in den Verträgen mit Paris und Prag, im Übergang der Komintern im Jahre 1935 zur Volksfront-Taktik und zur Nutzung parlamentarischer Möglichkeiten.

In der Auseinandersetzung mit Anhängern der Fortsetzung eines Bürgerkriegs-Kurses spielte in erster Linie die Herausbildung einer Partokratie, die nach der Einschätzung eines führenden jugoslawischen KP-Funktionärs Djillas sich als „neue Klasse“ herausgebildet hat, eine entscheidende Rolle. Es bestand die Gefahr ernsthafter Konflikte zwischen der Zentrale und Gebieten, deren örtliche Parteiführer aber auch Mitglieder des Politbüros den Verlust ihrer Funktionen im Falle von Alternativwahlen, für die sich Stalin 1937 einsetzte, befürchteten. Der Apparat lief dagegen Sturm. Aber auch in der Zentrale befürchtete man den Verlust des Machtanspruchs. Stalin konnte sich weder in dieser Frage noch bezüglich späterer Versuche einer klaren Trennung zwischen der Rolle der Partei und des Staatsapparates und damit der Überwindung einer Art Doppelherrschaft durchsetzen. Man kann nachlesen, dass in der sogenannten Stalinschen Verfassung von 1936 erst im Artikel 126 die Rolle der Partei als Vortrupp der Werktätigen, als führender Kern gesellschaftlicher Organisationen festgeschrieben wurde (soweit zur Frage der führenden Rolle der Partei als gesetzliche Festlegung). Ansonsten ging es um die Orientierung auf die Hebung der Rolle der Sowjets. Am 04. Mai 1941 gab es Versuche zur Stärkung der Rolle der zentralen und örtlichen Sowjetorgane, sowie Versuche zur Reformierung der Partei entsprechend ihrer eigentlichen Rolle. Der Entwurf einer Verordnung zur Leitung der Partei- und Staatsorgane und zur Überwindung der Doppelherrschaft konnte zunächst aufgrund des Widerstandes und dann aufgrund des Krieges nicht umgesetzt werden.

Die KPdSU hatte sich, wie die auf einer Beratung der Kaderverwaltung am 18. April 1946 bekannt gegebenen Ergebnisse der Mitgliederbewegung offenbarten, aus einer proletarischen Partei zunehmend zu einer Beamtenpartei entwickelt. 47,6 % der Mitglieder waren Beamte. Die Mitgliedschaft und die Funktionäre zeichneten sich durch ein extrem niedriges Bildungsniveau aus. 67,2 % der Mitglieder einschließlich der leitenden Kader hatte keinen Mittelschulabschluss, nur 7,3 % hatten Hochschulbildung. Es stand objektiv die Aufgabe, neue Führungskader heranzubilden, als Volkskommissare unter der Sowjetmacht ausgebildete kompetente Kader mit Hochschulbildung einzusetzen. Aus dieser konkreten historischen Situation heraus ist die Feststellung Stalins zu erklären, die Kader entscheiden alles. Es bleibt also festzustellen, dass Stalin bei aller sich

mit der Zeit herausbildenden Machtfülle nicht über all die Macht verfügte, um sich in jeder Frage durchzusetzen.

Auch eine Entfernung Stalins von seinen Funktionen hätte zu einer ernststen Konfliktsituation und zu einer Schicksalsfrage für das Land werden können. So sahen es auch die meisten Kader und ein großer Teil der Massen. Viele Menschen haben das geschehene Unrecht nicht unmittelbar mit seinem Namen, sondern mit den Folgen eines harten Klassenkampfes verbunden. Stalin konnte sich zeitweise insbesondere nach der Verfassung von 1936 auf eine große Zustimmung stützen.

Und noch eins sollte man nicht vergessen, auch am Beispiel der Sowjetunion und Russlands erweist sich, dass Revolutionäre oft unter dem Einfluss der Traditionen ihrer Völker und Länder bleiben, gegen die sie selbst gekämpft haben. Es bleibt aber festzustellen, dass die Antistalinismuskampagne zu einer entscheidenden Kampfform Antisowjetismus und Antikommunismus geworden ist.

### **III. Zur Bedeutung der Oktoberrevolution für die heutige Zeit**

Sicher ist es heute nach der Niederlage des Sozialismus in Europa in vielem schwerer, die notwendigen Lehren und Schlussfolgerungen für Gegenwart und Zukunft zu ziehen. Noch ist die Krise der Linken nicht überwunden. Noch wirken Resignation, Verwirrung, Lügen und Geschichtsfälschungen.

Die Oktoberrevolution und die Sowjetperiode vermitteln auch mit ihren kritikwürdigen Erfahrungen im Grundsätzlichen wesentliche Lehren hinsichtlich der Fragen von Strategie und Taktik, präziser Losungen, der Erfordernisse bezüglich der Macht- und Eigentumsfragen. Dabei geht es um einen Fortschritt zu dem man, wie Lenin vorausgesagt hatte, auf verschiedenen Wegen gelangt, auch über Zwischenetappen. So gelangte zum Beispiel Lenin 1905 zur Orientierung auf eine demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern.

So ist es auch zu verstehen, wenn in der großen allgemeinen Linie der Oktoberrevolution zugleich ihre Begrenztheit erkannt werden musste. Darauf wies Clara Zetkin hin - noch vor dem bekannten führenden Funktionär und Theoretiker der italienischen KP, Antonio Gramsci. Nur so ist zu verstehen, was Gramsci meinte, wenn er bei Ausbleiben einer revolutionären Situation von einem „Stellungskampf“ sprach.

Es geht heute darum, wie es den Menschen zu vermitteln ist, dass es um eine alternative zum Kapitalismus gehen muss. Es geht um Freiheit für die werktätigen Massen und soziale Gerechtigkeit und zwar mit dem heute gemäßen Inhalt, Formen und Methoden. Nur so ist es möglich, die menschliche Zivilisation zu retten, und dies angesichts:

1. der zentralen Frage Frieden und ihres heutigen sozialen Inhalts;
2. der Breite des Hauptwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit, d.h. der Mehrheit der heute Beschäftigten und Lohnabhängigen;
3. der neuen Anforderungen an die alltägliche Massenarbeit, vieler spontaner und lokaler Initiativen und Aktionen;
4. der Notwendigkeit einer Bündnispolitik ohne Alleinvertretungsanspruch;
5. der notwendigen politischen Bildung und der schöpferischen theoretischen Arbeit, da sonst die Gefahr der Stagnation und das Entstehen eines Vakuums für fehlerhafte Theorien und Praktiken die Folgen sind;
6. der Lehren, die aus der Kritik an Stalin und aus den Ursachen für Fehler und Deformationen zu ziehen sind. Dazu gehört insbesondere, sich der Lehren bewusst zu sein, zu welchen Gefahren das Verkennen der Widersprüche in einer sozialistischen Gesellschaft führt.

Es gilt, die Frage der politischen und wirtschaftlichen Demokratie mit der inneren Demokratie und der Rolle der Partei, mit den demokratischen Traditionen des Staates zu verbinden. Auch hierzu ein Zitat aus einem Interview Palmiro Togliatis in „Nuovi Argomenti“ vom Juni 1956: „Aus der Kritik an Stalin ergibt sich ein allgemeines Problem, das der ganzen Bewegung gemeinsam ist – das Problem der Gefahren einer bürokratischen Entartung, des Erstickens des demokratischen Lebens, der Verwechslung zwischen konstruktiver revolutionärer Kraft und Zerstörung der revolutionären Gesetzlichkeit, eine Loslösung der wirtschaftlichen und politischen Leitung von der Kritik, von der schöpferischen Kritik und Aktivität der Massen“.

Bis heute spielt jedoch eine andere Frage eine noch wichtigere Rolle, nämlich das Erfassen der Revolutionstheorie in ihrem inhaltlichen Zusammenhang und zwar in zweierlei Hinsicht:

1. Die Revolution ist nicht auf einen einmaligen Akt – den Sturm und die Machteroberung – zu reduzieren. Auch die nachfolgende

Machtausübung gehört dazu. So ist zu verstehen was Lenin meinte, dass jede Küchenfrau sich in der Politik auskennen muss. Die Machtausübung muss sich auf eine Mehrheit stützen. In diesem Zusammenhang sind Feststellungen des Führers der chinesischen Revolution Sun Jatsens aus dem Jahre 1924 bemerkenswert. In seiner Arbeit „Das große Programm für den Aufbau des Landes“ niedergeschrieben am 12.04.1924 stellte er fest: „Die Prozedur des Aufbaus teilt sich in drei Phasen: 1. Zeit der Militärregierung, 2. Zeit der Unterweisung in das Regieren und 3. Regierung.“ Man könnte jetzt die Zeit der verfassungsgemäßen Frage aufwerfen, wie es bei den sozialistischen Ländern mit der Unterweisung in das Regieren, mit dem Trainieren des Volkes in dem Gebrauch seiner Rechte in der gesellschaftlichen und nicht zuletzt mit der „Erziehung der Erzieher“ gestanden hat.

2. Das Verhältnis zwischen Revolution und Transformation. Inwieweit sind transformatorische Prozesse mit wesentlichen Veränderungen in der gesellschaftlichen Entwicklung, mit der Systemfrage vereinbar. Und inwieweit laufen sie Gefahr zu einer Art Wandel nicht allein durch Annäherung, sondern durch Anpassung zu werden, zu einem illusionären Versuch, das Kapital überlisten zu wollen.

Und noch zwei nicht unbedeutende Lehren, die uns bis heute die Entwicklung der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution vermittelt. Das sind Wunschvorstellungen über revolutionäre Veränderungen, die mit einem Schlag alle Probleme und Aufgaben lösen und Schwierigkeiten überwinden werden. Und schließlich eine sehr bedeutende Lehre, die sich für uns auch heute aus dem Gedanken Clara Zetkins in ihrer Rede Ende 1926 auf dem VII. Erweitertem Plenum des Exekutivkomitees der Komintern ergibt: Sie wandte sich entschieden gegen jene „die sich mit Eifer auf die russische Frage stürzten, um dadurch zu verdecken, dass ihnen vollständig die politische Fähigkeit fehlt, die Probleme und Aufgaben der kommunistischen Partei im eigenen Lande auch nur richtig zu sehen und zu formulieren, geschweige denn zu lösen“ (Clara Zetkin „Für die Sowjetmacht. Artikel, Reden und Briefe 1917 / 1933, Berlin 1977, Seite 392“).

Die russische Frage ist wohl auch heute für die deutsche Linke aktuell, insofern weil sie sich der Anforderung zu stellen hat, eigene

Positionen zur Entwicklung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Russland einzunehmen. Dies auch eingedenk dessen, dass neben „nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ nach 1945 auch die Forderung nach Freundschaft mit der Sowjetunion an der Wiege eines neuen Deutschlands stand. Es gibt genügend historische und strategische Gründe, um sich um die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern beider Länder zu sorgen.

Zur russischen Frage gehören heute viele Aspekte:

- \* die russische Frage in Russland selbst, die Rolle der Russen in Geschichte und Gegenwart, ihre Situation im postsowjetischen Raum, die sozialökonomischen und politischen Machtverhältnisse, die Folgen des Zerfalls der UdSSR und die Auseinandersetzung um einen Weg Russlands in den Kapitalismus, die Veränderungen in der sozialen Struktur der russischen Gesellschaft, die Rolle der oppositionellen Kräfte, die Entwicklung der KPRF;
- \* die russische Außenpolitik, ihre Grenzen und Möglichkeiten, der Platz und die Rolle Russlands in den internationalen Beziehungen;
- \* der Stellenwert der deutsch-russischen Beziehungen, ihre strategische Bedeutung für beide Länder;
- \* Auseinandersetzung mit Versuchen über die Geschichtsrevision, revanchistische Stimmungen und Aktionen, ein neues Feindbild zu schaffen;
- \* konstruktive Positionen Der Linken für partnerschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern und die Freundschaft zwischen den Völkern.

**Anmerkung:** Bei seinen Darlegungen hat sich der Autor auch auf Quellen der Geschichtskorrespondenz des marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beim Parteivorstand der Linkspartei und der DKP vom April 2007 und jüngste Publikationen in Russland, unter anderem der Historiker J. Shukow und J. Jemeljanow gestützt.